

Die Teilung Deutschlands

Noch während des Zweiten Weltkrieges verhandeln Großbritannien, die Sowjetunion und die USA über eine neue Nachkriegsordnung. Die Alliierten legen fest, dass nach ihrem Sieg Deutschland besetzt wird und eine Aufteilung in Besatzungszonen stattfindet. Für die Zeit nach dem Krieg stecken sie weltweit ihre jeweiligen Einflusssphären ab. Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wird Frankreich zur vierten Besatzungsmacht erklärt.

Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 werden in Deutschland und Österreich die Besatzungszonen eingerichtet. Die Hauptstädte Berlin und Wien erhalten Besatzungssektoren. Die Grenzlinien zwischen ihren Besatzungszonen bezeichnen die Alliierten als Demarkationslinien. Sie übernehmen im Sommer 1945 zunächst deren Bewachung.

Aus dem Krieg gehen die USA und Sowjetunion als neue Supermächte hervor, die zwei Machtblöcke bilden. Bald ringen diese mit unvereinbaren Anschauungen weltweit um Herrschaft und Einfluss. Es kommt zum Ost-West-Konflikt. Ein Hauptschauplatz dieses Konfliktes ist Deutschland. Hier entstehen mit Hilfe der Supermächte 1949 zwei deutsche Staaten: die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Mit den beiden Staatsgründungen ist die Teilung Deutschlands vollzogen.

Alliierte Pläne und Ziele

Während der Krieg in Asien andauert, treffen sich im Juli 1945 die Alliierten in Potsdam, um über Deutschlands künftige Stellung im Nachkriegseuropa zu verhandeln. Die Alliierten einigen sich dabei auf folgende Ziele: *Demilitarisierung*, *Denazifizierung*, *Dezentralisierung* und *Demokratisierung*. Die wirtschaftliche Einheit soll gewahrt bleiben und die politische Einigung folgen. Zur Umsetzung ihrer Ziele gründen sie den Alliierten Kontrollrat. Doch in Potsdam werden nur Kompromisse erzielt, die den Ost-West-Konflikt beschleunigen. Die Meinungen gehen besonders bei den zu leistenden deutschen Reparationen auseinander. In Potsdam wird festgelegt, dass sich jede Besatzungsmacht bei den Reparationen in der eigenen Zone „bedient“. Jede Zonenwirtschaft wird so auf die Bedürfnisse ihrer Siegermacht ausgerichtet. Damit steht die wirtschaftliche Teilung frühzeitig fest. Am Ende werden durch die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) und spätere DDR die höchsten im 20. Jahrhundert bekannt gewordenen Reparationsleistungen erbracht.

Exkurs

Demarkationslinien

In den Londoner Protokollen von 1944 legen die Alliierten ihre künftigen Besatzungszonen fest. Dabei richten sie sich nach den deutschen Länder- und Provinzialgrenzen. Die Westgrenze der SBZ ist zum Beispiel weitgehend identisch mit den heutigen Westgrenzen der Länder von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die Verwaltungsgrenzen werden so zu Demarkationslinien der Besatzungszonen. Amerikaner, Engländer und Russen tauschen entlang der Grenze der SBZ aber auch Gebiete aus. Dadurch ergibt sich 1945 stellenweise ein abweichender Verlauf zu den alten Verwaltungsgrenzen.

Nachkriegskrise

In den ersten Nachkriegsjahren besteht die große Gefahr einer Destabilisierung der Gesellschaft. Das soziale Gefüge hat nachhaltigen Schaden genommen. Der Besatzungsalltag wird durch eine schwere Nachkriegskrise geprägt.

Die meisten Deutschen empfinden keine Aufbruchstimmung. Sie haben zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Hunger, knapper Wohnraum, Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, Industrierestruktur, Mangel überall und zertrümmerte Verkehrswege sind die Probleme der Nachkriegszeit. Durch extreme Winter und Missernten wird das Versorgungselend noch weiter verschärft.

Zwangsbewirtschaftung und ruinöse Finanzen lassen den „Schwarzen Markt“ zum eigentlichen Wirtschaftsmotor werden. In der SBZ wirken sich zudem die sowjetischen Industriedemontagen einschneidender aus als die Kriegsschäden. Die Transportverhältnisse sind äußerst schwierig, aber trotzdem sind täglich Menschenmassen zur Sicherung des Überlebens unterwegs. Schutt scheint das Einzige zu sein, was es nach dem Krieg im Überfluss in Deutschland gibt.

Ost-West-Konflikt

Bald nach Kriegsende zeichnet sich das Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition ab. Winston Churchill erklärt im März 1946, dass in Europa ein „eiserner Vorhang“ gefallen sei. In Moskau sagt Josef Stalin dem Westen den Kampf an. Die USA reagieren darauf mit der Politik der „Eindämmung“ (Containment) des sowjetischen Einflusses. Es kommt zur Systemkonfrontation – zum Kalten Krieg.

Ein Mittel der US-Eindämmungspolitik ist der Marshall-Plan vom Juni 1947. Damit wird den Ländern Europas wirtschaftliche Unterstützung angeboten, die zugleich aber an politische Bedingungen geknüpft ist. Die Sowjetunion zwingt die Staaten ihres Einflussbereichs dazu, das Hilfsangebot abzulehnen.

Als es im Juni 1948 zu einer Währungsreform in den Westzonen und dann in der SBZ kommt, vollzieht sich die finanzpolitische Teilung Deutschlands. Die Sowjetunion verhängt über die Westsektoren von Berlin eine Blockade, und es kommt zur Spaltung der Stadt. Die 1945 verkündete gemeinsame Deutschlandpolitik der Alliierten ist damit gescheitert.

Zwei deutsche Staaten

Die Gründung von zwei deutschen Staaten ist nach der reparations- und finanzpolitischen Teilung, der Entstehung zweier Machtblöcke und der Spaltung Berlins nur noch eine Frage der Zeit. Die Westmächte lassen in ihren Besatzungszonen eine Demokratie nach westlichem Muster entstehen. Am 23. Mai 1949 wird in Bonn das Grundgesetz der Bundesrepublik unterzeichnet. Damit bestehen die Grundlagen für einen Verfassungsstaat auf sozialer und marktwirtschaftlicher Grundlage. Im Gegenzug wird die DDR am 7. Oktober 1949 gegründet, ein auf Einparteienherrschaft und Planwirtschaft ausgerichtetes diktatorisches Staatswesen. Damit gibt es zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen. Die deutsche Teilung ist vollzogen. Die innen- und außenpolitischen Spielräume der deutschen Staaten werden weiterhin von den Siegern vorgegeben. Aus der Westgrenze der SBZ ist die innerdeutsche Grenze, eine Systemgrenze zwischen den Machtblöcken der beiden Supermächte geworden.

Die Grenze

Von der Demarkationslinie zum Grenzbollwerk

Bei der Öffnung der Grenze im November 1989 ist die innerdeutsche See- und Landgrenze 1.394 Kilometer lang. Hinzu kommen 156,4 Kilometer Mauer um West-Berlin. Bis zum Ende der DDR bleibt die Grenze eine tödliche Barriere und fordert fast eintausend Opfer.

Doch die Anfänge sehen 1945 noch ganz anders aus. Zunächst kann weitgehend ungehindert von einer Besatzungszone in die andere gewechselt werden. Die Demarkationslinie wird kaum bewacht und ist oftmals auch gar nicht als solche erkennbar. Doch die schnell ansteigende Nachkriegskriminalität und der Schmuggel erfordern Verbote und Bewachung. Der Kalte Krieg bewirkt, dass aus der Zonengrenze eine Systemgrenze wird. Die DDR baut diese mit Billigung Moskaus ab 1952 massiv aus, aber sie bleibt noch durchlässig.

Erst der Mauerbau 1961 eröffnet ein neues Kapitel der Abschottung. Innerhalb weniger Jahre erfolgt eine Perfektionierung der Grenze. Aus dem Stacheldrahtzaun mit Kontrollstreifen wird ein ausgeklügeltes und undurchlässiges Sperrsystem. Zwar werden auf Druck des Westens in den achtziger Jahren Splitterminen (SM-70) abgebaut und Minenfelder geräumt, aber zugleich laufen Planungen für die Errichtung eines auf Hochtechnologien beruhenden Grenzbollwerks bis zum Jahre 2000.

Zonengrenze im Eichsfeld

Bei Kriegsende erreichen US-Truppen zuerst das Eichsfeld. Anfang Juli 1945 ziehen sie sich zurück. Entlang der seit 1815 bestehenden Grenze zwischen den Königreichen Preußen und Hannover rücken nun britische und sowjetische Truppen in ihre vereinbarten Besatzungszonen vor. Sie übernehmen die Überwachung der Demarkationslinie. Alte Grenzsteine und Holzpfähle markieren die Zonengrenze; Straßen bekommen Schlagbäume und Kontrollhäuschen. Die Zonengrenze trägt aber noch den Charakter einer „grünen Grenze“. Eine hohe Bevölkerungsmobilität, Schmuggel und Kriminalität führen dazu, dass sich die Sieger im September 1945 erstmals mit der Grenzproblematik befassen.

Im Eichsfeld gibt es Vereinbarungen, die zu Veränderungen der Zonengrenze führen. Bei Fuhrbach und Brochthausen einigen sich Briten und Russen auf Begradigungen. Teistungen muss Gebiete abgeben; Duderstadt verliert große Teile des Stadtwaldes. Die Amerikaner tauschen im September 1945 („Wanfrieder Abkommen“) ein großes Gebiet aus, damit die Bahnstrecke Hamburg-München nur noch über das Gebiet der Briten und Amerikaner führt.

Grenzalltag und Grenzpolizei

Obwohl verboten, überqueren viele Menschen die Zonengrenze. Sie tun es, weil sie Verwandte im Westen haben, weil sie enteignet wurden, sich versorgen müssen oder als Schmuggler ihre Geschäfte betreiben. In der Region wechseln Bauern über die Grenze, um ihre Felder zu bestellen. Bewohner gehen in der anderen Zone ihrer Arbeit nach. Hinzu kommen fahnenflüchtige Angehörige der Roten Armee. Die sowjetische Seite fordert deshalb im Alliierten Kontrollrat die komplette Sperrung der Zonengrenzen, was am 30. Juni 1946 für vier Monate auch geschieht. Danach ist für private Reisen ein Interzonenpass erforderlich.

Zudem werden 1945/46 in allen Besatzungszonen deutsche Zoll- oder Grenzpolizeiformationen als Hilfstruppen gebildet. In der SBZ entsteht die Deutsche

Grenzpolizei in der Stärke von 3.000 Mann im Dezember 1946. Anfang Oktober 1947 liegt die erste Waffengebrauchsvorschrift bei der Grenzpolizei vor. Danach darf die Waffe nicht gegen die Alliierten, wohl aber gegen „Räuber, Banditen“ und „bekannte Rückfalldiebe“ eingesetzt werden.

Koreakrieg und Wiederbewaffnung

Im Sommer 1950 überfällt das kommunistische Nordkorea den Süden des Landes. Das zeitweise von den Alliierten besetzte geteilte Korea scheint ein Modellfall für Deutschland zu sein. In der Bundesrepublik wird deshalb die Wiederbewaffnung diskutiert, da die DDR 1950 schon wieder über bewaffnete Kräfte in Höhe von rund 80.000 Mann verfügt. Hinzu kommen ca. 400.000 Mann sowjetische Besatzungstruppen. Als Reaktion darauf wird in der Bundesrepublik am 16. März 1951 der Bundesgrenzschutz (BGS) als Polizeisonderformation geschaffen. Der BGS soll das Bundesgebiet gegen verbotene Grenzübertritte und sonstige die Sicherheit der Grenze gefährdende Störungen sichern.

Die Entscheidung fällt in Moskau

Auch nach der Gründung der DDR ist die Grenze vielerorts kaum markiert. Anfang April 1952 wird in Moskau deshalb beschlossen, dass die DDR mit ihrer „gefährlichen Grenze“ zu einem starken Vorposten gegen den Westen ausgebaut wird. Stalin fordert radikale Veränderungen. Am 26. Mai 1952 erscheint die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie“. Die Grenze wird nun geschlossen und ausgebaut. Kern der Verordnung ist die Errichtung einer fünf Kilometer breiten Sperrzone, eines 500 Meter breiten Schutzstreifens und 10 Meter breiten Kontrollstreifens. Die Grenzbewacher sind angewiesen, bei Betreten des Kontrollstreifens von der Waffe Gebrauch zu machen. Tausende Menschen werden zwangsweise aus der gesamten Sperrzone ausgesiedelt. Neben diesen Maßnahmen baut die DDR massiv ihre Streitkräfte aus und treibt den „Aufbau des Sozialismus“ nach sowjetischem Vorbild voran. Wenige Monate später kommt es aufgrund dieses Kurses zur ersten existenziellen Krise der DDR – zum Volksaufstand am 17. Juni 1953.

Die DDR grenzt sich ab

Nach 1952 wird die Grenze mehr und mehr abgeriegelt. Neben Stacheldrahtzäunen entstehen hunderte hölzerne Wachtürme, Bunker, Beobachtungsstände und weitere Sicherungsanlagen. Zudem wird die Bevölkerung aktiv in die Grenzsicherung einbezogen. Im August 1952 kommen die ersten Grenzpolizeihelfer zum Einsatz, die vor allem das Grenzgebiet auf unberechtigtes Betreten überwachen sollen. Der 1946 von Churchill symbolisch bezeichnete „eiserne Vorhang“ ist nun bittere Realität geworden. Die SED bezeichnet nach dem Staatsvertrag mit der Sowjetunion von 1955 die „Demarkationslinie“ als „Staatsgrenze“. Offiziell soll sie die DDR vor Agenten, Terroristen, Schmugglern und Schädlingen aus dem Westen schützen. Doch es geht darum, die Abwanderung der Menschen aus der DDR mit allen Mitteln zu verhindern. Die Flucht über die innerdeutsche Grenze ist inzwischen mit einem tödlichen Risiko verbunden. Deshalb nutzen immer mehr das „Schlupfloch“ Berlin. Allein 1960 kommen 95 Prozent der Flüchtlinge über Berlin in den Westen.

DDR-Grenzpolizei und Bundesgrenzschutz (BGS)

Auf DDR-Seite untersteht die Deutsche Grenzpolizei (DGP) in den fünfziger Jahren dem Innenministerium und zeitweise der Staatssicherheit. Ende 1955 übernimmt die DGP die alleinige Bewachung der Grenze und sie erhält eine stärkere militärische Ausrichtung. Mehr als 30.000 Mann gehören der DGP an.

In der Bundesrepublik überwachen der BGS und die Bayerische Grenzpolizei gemeinsam mit dem Grenzzolldienst die innerdeutsche Grenze. Die Gründung der Bundeswehr 1955 führt beim BGS zu einer starken Personalabwanderung. Dort verlassen um 1960 rund 14.500 Beamte ihren Dienst. Davon sind ca. 560 Mann in dem seit 1956 bestehenden BGS-Standort Duderstadt stationiert.

Der Mauerbau

Am Ende der fünfziger Jahre ist Berlin erneut ein Brennpunkt des Kalten Krieges. Die SED setzt zugleich alles daran, den „Aufbau des Sozialismus“ zu vollenden. Bald droht dadurch ein wirtschaftlicher und politischer Kollaps. Die Fluchtzahlen steigen wieder an. Berlin fungiert hierbei als Tor in den Westen. Die SED gerät in eine schwere Legitimationskrise. In Absprache mit Moskau werden "Schutzmaßnahmen in Berlin" beschlossen. Am 13. August 1961 beginnen mehr als 10.000 Volks- und Grenzpolizisten, Angehörige der Arbeiterkampfgruppen und Mitarbeiter der Staatssicherheit in Zivil mit der Abriegelung von West-Berlin. In Bereitschaft befinden sich rund 7.000 Soldaten, hunderte Panzer und sowjetische Truppen rund um Berlin. Wenige Tage später erfolgt der eigentliche Bau der Mauer mit Betonplatten und 30 Zentimeter dicken Hohlblocksteinen. Doch die Fluchten gehen weiter. Am 20. September 1961 wird der Schusswaffengebrauch schärfer formuliert: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden!“

Perfektionierung der Grenze

Mit dem Mauerbau kommt es erneut zu Zwangsaussiedlungen. Mehr als 3.000 Menschen sind davon betroffen. Am 15. September 1961 werden - bis auf die Berliner Grenzbrigaden - alle Einheiten der DGP der Nationalen Volksarmee (NVA) und damit dem Verteidigungsministerium unterstellt. Die Berliner Grenzbrigaden werden 1962 als Grenztruppen eingegliedert.

Nach 1961 erfolgt innerhalb weniger Jahre die bauliche Perfektionierung der Grenze. Zuerst werden zweireihige Stacheldrahtzäune errichtet und Bodenminen verlegt. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ersetzen Metallgitterzäune das veraltete Stacheldrahtsperrwerk. Erste Hinterlandzäune tauchen auf. In schwer zu überwachenden Geländeabschnitten werden Lichtsperrn montiert und Hundelaufanlagen eingerichtet. Es kommen Kfz- Sperrgräben und neuartige Betontürme (ab 1969) hinzu. Ab 1970 werden die todbringenden Splitterminen (SM-70) an den Grenzzäunen montiert, die wie Selbstschussanlagen funktionieren. Bis zur Eröffnung der GÜST (1973) entsteht nach und nach ein undurchlässiges Sperrsystem.

Tod an der Grenze

„Grenzverletzer sind festzunehmen oder zu vernichten“. Mit diesem Befehl werden DDR-Grenzsoldaten alltäglich auf Streife geschickt. Die Befehle und Vorschriften zum Schusswaffengebrauch verpflichten aber nicht zum Todesschuss. Formaljuristisch handelt es sich um eine „Erlaubnis“. Es gibt unterschiedliche Beweggründe, die einen Grenzer veranlassen, die ihm gegebene Tötungserlaubnis als Pflicht anzusehen. Die

politischen Führer und Befehlenden fordern jedoch nachweislich dazu auf. Darüber hinaus töten und verletzen die Erdminen und die Splittermine SM-70 an der innerdeutschen Grenze viele Menschen bei ihren Fluchten. Bis zu eintausend Menschen sterben bei ihrer Flucht.

Das Grenzbollwerk

Trotz der politischen Entspannung zwischen Ost und West in den siebziger Jahren, wird der Ausbau der Grenzanlagen weiter vorangetrieben und das Grenzregime perfektioniert. Es erfolgt eine Modernisierung mit schwer überwindbaren Sperranlagen. Hierzu gehört der umfassende Einsatz der Splittermine SM-70. Auf kurze Entfernungen ist ihre Wirkung absolut tödlich. Angebracht ist sie bezeichnenderweise auf der zur DDR gewandten Seite des Metallgitterzauns. Politikern der Bundesrepublik gelingt es 1983, dass die SED-Führung überraschend die SM-70 wieder abbauen lässt und zudem die Räumung aller Bodenminen anordnet. Das ist die Bedingung für Milliardenkredite aus dem Westen, die wiederum der DDR-Wirtschaft aus einer schwierigen Lage helfen. Der Abbau und die Räumung der Minen machen die Grenze aber nicht durchlässiger. Die ab 1973 errichteten neuen Signal- und Alarmzäune erweisen sich beispielsweise als sehr effiziente Hindernisse. Neben den Sperranlagen in Korea ist in den achtziger Jahren wohl keine Grenze in der Welt so ausgebaut und befestigt wie die innerdeutsche Grenze.

Projekt „Grenze 2000“

Die Kosten für den Bau und die Unterhaltung der Grenze sind enorm. Allein die jährlichen Ausgaben für die Grenztruppen steigen von 600 Millionen DDR-Mark 1970 auf knapp eine Milliarde 1983. Trotz massiver wirtschaftlicher Probleme gibt es in den achtziger Jahren Planungen in Milliardenhöhe für den Ausbau der Grenze für das kommende Jahrhundert. Die SED setzt auf Hochtechnologie. Unter der Bezeichnung „Grenze 2000“ wird an Mikrowellenanlagen, Infrarotschranken, Vibrationsmeldern und vielem anderen mehr gearbeitet. Ziel ist eine Grenze, die jeden Fluchtversuch von vornherein zum Scheitern verurteilt und dadurch das Töten an der Grenze weitgehend unnötig machen soll.

Text: Stefanie Wahl, Berlin

Hinweis: Dieser Text kann zur Vorbereitung auf einen Besuch des Museums verwendet werden.

Arbeitsauftrag: Fasse die wesentlichen Aspekte im Hinblick auf die Errichtung, Perfektionierung und den Fall der innerdeutschen Grenze kurz zusammen. Du kannst auch einen Zeitstrahl mit den wesentlichen Gesichtspunkten erstellen.